

aktionäre“ sollen in den meisten Fällen nur stimmrechtlose Aktien erhalten. Wo dies nicht zutrifft, können sie ihre formalen Rechte auf den Generalversammlungen gar nicht ausüben bzw. fällt ihr kleiner Kapitalanteil sowieso unter den Tisch. Zum Beispiel werden die Aktien, die von den Investmentgesellschaften ausgegeben werden, auch von diesen verwaltet, und das Stimmrecht wird von einem von ihr benannten Vertreter einer Großbank ausgeübt. Die Kommandogewalt über die Industrie behalten also nach wie vor die Industrie- und Bankherren.

Ein weiteres Ziel der Kapitalisten besteht darin, die Arbeiter mit „ihrem“ Unternehmer so zu verketten, daß sie nicht mehr an ihre eigenen Interessen denken, sondern nur noch an die des Unternehmens. Die Hintermänner Erhards spekulieren darauf, daß die Gewerkschaften doch Interesse am guten Geschäftsgang der kapitalistischen Unternehmen' haben müßten. Erhard meint, die „Arbeiter und Angestellten werden dann, mehr als das jetzt im Zeichen der Mitbestimmung der Fall ist, Einblick in die wirtschaftlichen und betriebstechnischen Zusammenhänge nehmen, von denen der Erfolg eines Unternehmens abhängt“.

Die Arbeiterschaft Westdeutschlands lehnt in ihrer überwiegenden Mehrheit den Rummel der „Volkskapitalisten“ ab. Darüber geben viele Beispiele Aufschluß, von denen eines angeführt sein soll. 1955/56 bot die DEMAG ihrer Belegschaft Kleinaktien zum Kauf an. Ein Fachmann für Arbeitspsychologie im Dienste der Unternehmer stellte dann Untersuchungen darüber an, welcher Erfolg dieser Aktion beschieden war. Er kam zu dem Ergebnis, daß nur fünf Prozent Arbeiter an Aktien überhaupt interessiert waren. Die Hauptkäufer waren Angestellte. Die Arbeiter erklärten ihm: „Unsere Mittel reichen nicht aus; außerdem sind wir doch keine Spekulanten.“ „Die älteren Leute aus dem Betrieb haben abgeraten.“ „Ich habe kein Interesse an Geldgeschäften und bin kein Spekulant.“

Ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie die Unternehmer ihre „Miteigentümer“

bluffen, ist ein Vorgang, der sich kürzlich abspielte. Vor sechs Jahren erklärte der Textilfabrikant Gert P. Spindler in Hilden, daß er seine 2350 Arbeiter und Angestellten zu „Miteigentümern“ oder „Mitunternehmern“ seines Betriebes machen wolle. Er schloß sogar mit ihnen einen Vertrag ab, durch den jedem ein Anteilsschein am Unternehmen „geschenkt“ wurde, der natürlich ebenfalls wieder nur ein vorenthaltener Lohnanteil war. Als Ergebnis der Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ ergab sich die Tatsache, daß sich der Betriebsrat nicht gegen Entlassungen wandte und daß bei der Abstimmung darüber auch keine Mehrheit der Belegschaft zustande kam (nur ein gutes Drittel stimmte dagegen). Auf eine Frage eines Reporters der „Neuen Ruhrzeitung“ an Spindler, was er getan hätte, wenn die Entlassungen von der Belegschaft mit Mehrheit abgelehnt worden wären, antwortete er: „Kapital und Arbeit stehen sich 50 zu 50 gegenüber. Erst wenn die Belegschaft zu 100 Prozent meine Maßnahmen abgelehnt hätte, würde sie ihr Soprozentiges Gewicht voll erreicht haben.“ Wenn also nur ein „Mitunternehmer“ mit dem kapitalistischen Unternehmer stimmt — und er wird immer einen finden —, ist dessen Mehrheit gesichert. Das ist der „Volkskapitalismus“ in der Praxis! Dieser raffinierte Betrug an den Arbeitern, um sie vom Klassenkampf, vom Kampf um soziale und politische Forderungen abzuhalten, dürfte für die Gewerkschafter ein sehr lebendiger und instruktiver Anschauungsunterricht über die soziale Demagogie der Kapitalisten sein.

Ist es nicht bezeichnend, daß die Unternehmer jedesmal dann, wenn die Gewerkschaften Lohn- und Gehaltserhöhungen fordern, alle Register ziehen, um dies zu vereiteln? Wo bleibt denn da ihre Sorge um Wohlstand und „Eigentumsbildung breiter Schichten des Volkes“? Es ist offensichtlich, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands kein Interesse an der Hebung des Wohlstands und an einem größeren Anteil der Werktätigen am Volkseigentum haben. Mit noch größerer Skrupellosigkeit und Niedertracht als nach früheren Wahlen brechen heute schon die Baufrachten des Großkapitals